

# Starre Fronten im Streit um Zeche Walsum

Dinslakens Rat hat sich gestern gegen einen weiteren Kohleabbau des Schachtes Walsum ausgesprochen. Die Landesregierung reagierte – mit einer Garantieerklärung für den Bergbau.

VON JÖRG WERNER

**DINSLAKEN** So viel Aufmerksamkeit hat der Dinslakener Rat wohl noch nie genossen. Auf ihrem Weg ins Rathaus liefen die Politiker durch ein Spalier von mehr als 700 protestierenden Bergleuten, denen rund 300 Bergbaukritiker gegenüberstanden. Beeindrucken ließ sich Dinslakens Rat von der geballten Bergbau-Phalanx nicht.

Mit 37 gegen 13 Stimmen sprach er sich gegen eine Rahmenvereinbarung zwischen der Deutschen Steinkohle (DSK), dem Lippeverband sowie Stadt und Stadtwerken aus, die es dem Schacht Walsum problemlos ermöglicht hätte, seinen Abbau fortzusetzen. Wenige Minuten nach der Entscheidung des Rates spuckte das Redaktions-

fax eine Erklärung von Landesenergieminister Axel Horstmann aus, in der dieser eine Garantieerklärung für den Schacht abgab: „Das Genehmigungsverfahren für den Weiterbetrieb des Bergwerks geht weiter und wird am Wasserrecht nicht scheitern. Die Landesregierung wird selbstverständlich alles tun, was das politische Ziel, den Schacht Walsum bis 2009 zu betreiben, erfordert.“

Vordergründig ging es bei der gestrigen Entscheidung um eine Vereinbarung über das Dinslakener Trinkwasser. Der Schacht Walsum gräbt unter der Mommbachniederung, aus der die Dinslakener Stadtwerke Trinkwasser für rund 70 000 Menschen fördert. Der Abbau hat negative Auswirkungen auf die Qualität des Wassers. Deswegen

braucht der Schacht, um weiter abbauen zu können, wasserrechtliche Genehmigungen. Mit der Vereinbarung zwischen DSK und Stadt sollte sichergestellt werden, dass das Trinkwasser infolge des Kohleabbaus mit höchstens 24 Prozent Rheinuferfiltrat belastet wird.

Als DSK-Vorstandschef Bernd Tönjes in den Gesprächen mit der Stadt, so berichtete es Dinslakens Bürgermeisterin Sabine Weiss, damit drohte, dass der Schacht kurzfristig geschlossen werde, falls Dinslaken dieser Vereinbarung nicht zustimme, bekam die Diskussion eine immens politische Dimension.

Die Abbauvorhaben des Schachtes Walsum sind wegen der Hochwassergefahren und der irreversiblen Schäden, die sie verursachen,

höchst umstritten. Die Ratsmehrheit und die betroffenen Menschen hofften, mit einem Nein zur Rahmenvereinbarung den Bergbau stoppen zu können. Diese Hoffnung hat Horstmann mit seiner Erklärung erst einmal wieder begraben. Den Widerstand gegen den Walsumer Bergbau wird er damit nicht beenden können.

